

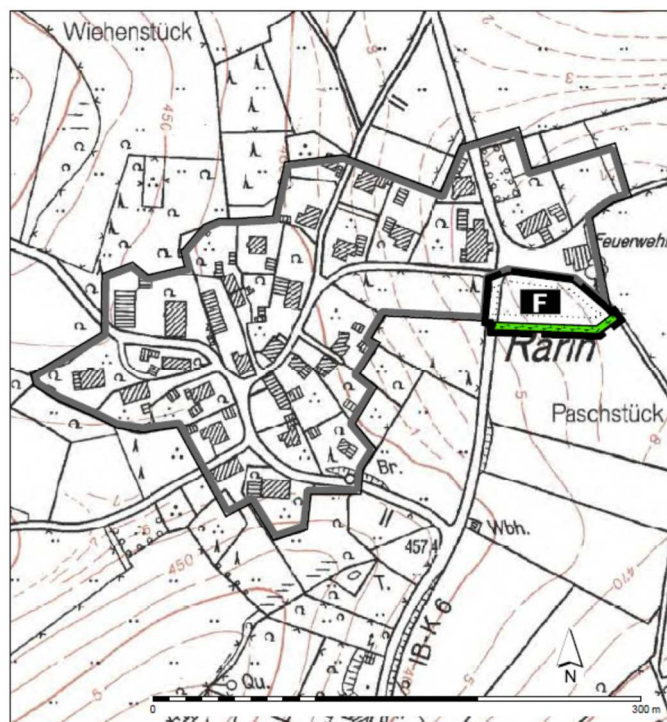


Bekanntmachung der Gemeinde Herscheid

Satzungsbeschluss zur Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil „Rärin“

Der Rat der Gemeinde Herscheid hat in seiner Sitzung am 30. September 2019 die Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil „Rärin“ entsprechend des vorgelegten Entwurfes nebst Begründung, Artenschutzrechtlicher Vorprüfung, Protokoll der Artenschutzprüfung sowie Eingriffsbilanzierung als Satzung beschlossen. Die Ergänzungssatzung erfolgt gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB. Der Geltungsbereich der Ergänzungssatzung ergibt sich aus folgender Abbildung (o.M.):

Mit der Ergänzung der Satzung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Rärin geschaffen werden. Die Fläche wird als Gemeinbedarfsfläche gemäß § 9 Abs. 1 Nr.



5 BauGB mit der Zweckbestimmung „Feuerwehr“ festgesetzt.

Diese Satzung beruht auf §§ 2 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634)“ und § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW.S.666/SGV.NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2019 (GV. NRW. S. 202).

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Satzungsbeschluss wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Ergänzungssatzung einschließlich Begründung liegt vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an während der Öffnungszeiten im Rathaus in Herscheid, Plettenberger Straße 27, Zimmer 326, zu jedermanns Einsicht aus.

Mit dem Tage der Bekanntmachung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt des Märkischen Kreises tritt die Ergänzungssatzung für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil „Rärin“ in Kraft. Alle Festsetzungen, die den Festsetzungen dieser Ergänzungssatzung widersprechen, treten außer Kraft.

Hinweise

- 1) Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BauGB über die fristgemäße Anmeldung etwaiger Entschädigungsansprüche in Folge der Festsetzungen dieser Ergänzungssatzung wird hingewiesen. Die Leistung der Entschädigung ist schriftlich bei der Gemeinde Herscheid zu beantragen. Nach § 44 Abs. 4 BauGB erlischt der Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

- 2) Nach § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich,
- a) eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 - b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 - c) nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung dieser Ergänzungssatzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.
- 3) Hinweis 2 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.
- 4) Nach § 7 Abs. 6 GO NRW kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Ergänzungssatzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Herscheid, 22. Oktober 2019

Der Bürgermeister
S c h m a l e n b a c h